

STADT NORDEN

Niederschrift

über die Sitzung des Finanzausschusses (05/FiA/2007)
am 15.11.2007
im Sitzungszimmer des Rathauses

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses vom 11.06.2007
- öffentlicher Teil -
Vorlage: 0315/2007/1.1
7. Umsetzung des Kontraktes 2007;
Eckwertebeschluss für den Haushalt 2008
Vorlage: 0347/2007/1.1
8.
 1. Bekanntgabe einer unerheblichen außerplanmäßigen Ausgabe im HJ. 2005
 2. Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005 einschl. der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen
 - a) Beschlussfassung über die Jahresrechnung und die Jahresabschlüsse
 - b) Entlastung der Bürgermeisterin
Vorlage: 0337/2007/1.1
9. Jahresabschluss 2006 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH;
Weisung des Rates an die Gesellschafterversammlung
Vorlage: 0350/2007/1.1

10. Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe
Vorlage: 0400/2007/1.1

11. Verwaltungskostenrechnungsbericht 2006
Vorlage: 0380/2007/1.1

12. Ausführungsstand Verwaltungshaushalt (FB 1)
Vorlage: 0393/2007/1.1

13. Kurbeitrag
a) Kalkulation 2008
b) Abrechnung 2006
Vorlage: 0396/2007/1.1

14. Fremdenverkehrsbeitrag
a) Kalkulation 2008
b) Abrechnung 2005
Vorlage: 0397/2007/1.1

15. Dringlichkeitsanträge

16. Anfragen

17. Wünsche und Anregungen

18. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die Tagesordnung wird beschlossen. Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen zur Bekanntgabe vor.

zu 5 Bekanntgaben

Bürgermeisterin Schlag gibt bekannt, dass das Land Niedersachsen der Stadt Norden eine nochmalige Bedarfszweigung in Höhe von 1.650.000 € angeboten hat. Die endgültige Bewilligung sei allerdings wiederum von dem Abschluss einer Zielvereinbarung abhängig, in der weitere Einsparungen in gleicher Höhe vereinbart würden.

**zu 6 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses vom 11.06.2007
- öffentlicher Teil -
Vorlage: 0315/2007/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Entfällt.

Beigeordneter Wilfang bemängelt, dass wesentliche Wortbeiträge, die von ihm in der letzten Finanzausschusssitzung beigebracht worden seien, sich in der Niederschrift nicht wiederfinden.

Er verlangt gem. § 16 Abs. 3 i. V. m. § 18 der Geschäftsordnung des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse der Stadt Norden die Aufnahme seines jetzigen Redebeitrages, den er schriftlich vorlegte, in die Niederschrift. Dieser lautet wie folgt:

„Bereits am 09.08.07 habe ich schriftlich die Niederschrift für die Finanzausschuss-Sitzung vom 11.06.07 moniert, da meiner Meinung nach zum Tagesordnungspunkt 7 die Wortbeiträge nur unzureichend wiedergegeben wurden. Dabei habe ich mir den Hinweis erlaubt, dass der Kurier detaillierter berichtet hat.

Die Antwort der Stadtverwaltung empfinde ich als Frechheit.

Es wird auf die Geschäftsordnung verwiesen, nach der die Niederschrift kurz zu halten ist und nur die wesentlichen Wortbeiträge wiedergeben soll. Des Weiteren würde es in der Natur der Sache liegen, wenn die Lokalpresse andere Maßstäbe anlegt als die Verwaltung was wesentlich ist und was nicht.

Ich beantrage trotzdem, dass in der Niederschrift eine ganz wesentliche Frage aufgenommen wird.

Ich habe den Leiter des Baubetriebshofes gefragt:

„Wer ist für die abenteuerlichen Buchungen beim Baubetriebshof verantwortlich?“

Antwort vom Leiter des Baubetriebshofes:

„Niemand, das hat der Verwaltungsvorstand so entschieden!“

Diese Antwort ist auch in der Berichterstattung des Ostfr. Kurier vom 13.06.07 nachzulesen. Ich bin auch der Meinung, dass das ein ganz wesentlicher Wortbeitrag ist, der in die Niederschrift gehört. Schließlich wird hier deutlich, wer hier für diese vorsätzlich falschen Buchungen verantwortlich ist. Nämlich die Bürgermeisterin.

Des Weiteren ist zu bemängeln, dass in der Niederschrift ein Abstimmungsergebnis zu diesem Tagesordnungspunkt enthalten ist, obwohl die ganze Angelegenheit nur zur Kenntnisnahme war und der Ausschuss auch tatsächlich nicht abgestimmt hat.

Mir dann noch zu unterstellen, ich hätte bei diesem Jahresabschluss mit JA gestimmt ist eine bodenlose Frechheit.

Sollte dennoch ein Beschluss gefasst worden sein, könnte die Kommunalaufsicht ja doch jetzt bereits gegen diesen Beschluss vorgehen.“

Bürgermeisterin Schlag macht den Vorschlag, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt 6 bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses auszusetzen.

Sie fügt hinzu, dass die Protokollführer sehr wohl in der Lage seien, wesentliche von unwesentlichen Redebeiträgen zu unterscheiden.

Im übrigen regelt die Geschäftsordnung die Vorgehensweise, wenn ein Ausschussmitglied die Aufnahme eines speziellen Wortbeitrages wünsche.

Beigeordneter Wimberg entgegnet, dass der Wortbeitrag des Beigeordneten Wilffang schon wesentlich für die Angelegenheit gewesen sei.

Vorsitzender Lütkehus ist der Meinung, dass der Tagesordnungspunkt „Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses vom 11.06.2007“ erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen werden solle.

Der Finanzausschuss beschließt:

Der Beschluss hinsichtlich des Tagesordnungspunktes 6 wird bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses hinausgeschoben.

| | | |
|-----------------------|----------------------|----------|
| Stimmergebnis: | Ja-Stimmen: | 9 |
| | Nein-Stimmen: | 0 |
| | Enthaltungen: | 0 |

zu 7 **Umsetzung des Kontraktes 2007;
Eckwertebeschluss für den Haushalt 2008
Vorlage: 0347/2007/1.1**

Sach- und Rechtslage:

1. Einführung

Gemäß § 82 NGO haben die Gemeinden ihre Haushaltswirtschaft unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Der Haushalt **soll** in jedem Jahr ausgeglichen sein. Kann ein Ausgleich nicht erreicht werden, ist ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen bzw. ständig fortzuschreiben.

Die ersten beiden Zwischenziele des vom Rat am 22. Juni 2004 beschlossenen Kontraktes 2007 (2005 = 4,8 Mill., 2006 = 4,0 Mill. Euro strukturelles Fehl) wurden mit den Rechnungsergebnissen 2005 (strukturelles Fehl = 1.706.722,89 €) und 2006 (struktureller Überschuss = 2.389.094,76 €) erfüllt.

Nachdem die Stadt Norden von der Kommunalaufsicht bereits mit der Haushaltsgenehmigung für das Haushaltsjahr 2004 aufgefordert worden war, die Wirtschaftlichkeit einer Veräußerung des Abwasserbereiches zu prüfen, beschloss der Rat in seiner Sitzung am 11.12.2006 nach umfangreichen Vorarbeiten und rechtlichen Überprüfungen durch die Verwaltung, mit Wirkung vom 01.01.2007 den Eigenbetrieb „Stadtentwässerung Norden“ zu gründen, der die Abwasseranlagen der Stadt Norden gegen Zahlung eines objektiven Wertes übernimmt.

Die Wertermittlung hinsichtlich des Anlagevermögens auf der Grundlage des vorläufigen Jahresabschlusses 2006 der Einrichtung Abwasserbeseitigung ergab eine Summe in Höhe von 17.830.000 Euro. Dieser Betrag wurde von dem neu gegründeten Eigenbetrieb „Stadtentwässerung Norden“ – finanziert durch ein langfristiges Darlehen – am 15.03.2007 an die Stadt Norden für die Übertragung gezahlt.

Dadurch belief sich das Defizit im Haushaltsplan 2007 auf insgesamt 3.152.200 €. Aufgrund der unerwartet positiven Entwicklung bei den Gewerbesteuerereinnahmen und der Gewährung einer Bedarfszuweisung in Höhe von 2,1 Mill. Euro wird das Rechnungsergebnis 2007 aus momentaner Sicht voraussichtlich bei ca. + 1.500.000 Euro liegen.

2. Übersicht der Budgets

Aus der nachfolgenden Aufstellung sind die Zuschussbedarfe der Fachbudgets ersichtlich:

| | Fachbudgets | Zuschuss 2008 | Zuschuss 2007 |
|----------|------------------------------|----------------------|----------------------|
| | | EUR | EUR |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 0 | Gemeindeorgane, RPA, GIB, PR | 779.800 | 733.800 |
| 1 | Interne Dienste | 2.427.800 | 2.243.900 |
| 2 | Ordnung, Soziales, Schule, | 5.072.600 | 5.055.600 |

| | | | |
|----|--------------------------|--------------|-------------|
| | Kultur | | |
| 3 | Planen, Bauen, Umwelt | 3.937.900 | 3.794.300 |
| | | | |
| 00 | Allgemeine Finanzen | - 11.807.800 | - 8.675.400 |
| | Sollfehlbedarf | 410.300 | 3.152.200 |
| | Struktureller Fehlbedarf | 1.910.300 | 2.650.200 |

3. Erläuterungen zu den Fachbudgets

Teilbudget 0 (Gem.-Organe, RPA/GIB/PR)

Für die zum 01.01.2009 bei der Stadt Norden vorgesehene Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR) ist eine Eröffnungsbilanz zu erstellen, die von einem Wirtschaftsprüfer abschließend zu prüfen ist. Hierfür wurde ein Betrag in Höhe von 35.000 € eingeplant.

Unterbudget 1-1 (Finanzen)

Ebenfalls für die Einführung NKR wurden für Beratungs- und Schulungskosten 95.000 € sowie für die Software-Umstellung (Projekttag, Installation, Software-Schulungen, Datenmigration, Schnittstellen zu Vorverfahren, laufende Software-Pflegepauschale) 90.000 € einkalkuliert.

Unterbudget 2-2 (Jugend/Schule/Sport/Kultur)

Für die Erstellung der von der Bauaufsicht geforderten Flucht- u. Rettungspläne für städt. Schulen wurde ein Betrag von 15.000 € eingeplant.

Unterbudget 2-3 (Soziales/Wohnungswesen)

Da der Leiter des Fachdienstes 2.3 inzwischen in die Freistellungsphase seiner Altersteilzeit getreten ist, wurde der Fachdienst gemäß Dienstverfügung Nr. 26/2007 vom 24.09.2007 zum 01.10.2007 aufgelöst. Die bisherigen Aufgaben des FD 2.3 wurden auf die Fachdienste 2.1, 2.2 und 3.2 verlagert.

Die Einnahmen- und Ausgabeansätze des aufgelösten Unterbudgets in Höhe von 108.100 € bzw. 228.700 € wurden entsprechend der Aufgabenzuordnung auf die Unterbudgets der genannten Fachdienste verteilt.

Unterbudget 3-1 (Stadtplanung u. Bauaufsicht)

Ein Betrag von 10.000 € wurde für die Planung des Leitsystems in Norden kalkuliert. Für Planungs- und Prozesskosten (aktuelle Großvorhaben Südeingang, Hafen, Parkterminal) wurden 20.000 € zusätzlich eingeplant.

Unterbudget 3-3 (Umwelt und Verkehr)

Aufgrund der stetig steigenden Anzahl der Brennstellen (Straßenbeleuchtung) sowie der erheblichen Steigerung der Stromkosten wurden die Positionen „Unterhaltung der Brennstellen“ und „Beleuchtungskosten (Straßenbeleuchtung)“ um jeweils 30.000 € verstärkt.

Personalausgaben

Die veranschlagten Personalausgaben für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 in Höhe von

7.451.000 € wurden gemäß der mit dem „Kontrakt 2007“ vereinbarten Maßnahme 1 nochmals unverändert übernommen.

4. Allgemeine Finanzen

Die nachfolgende Tabelle stellt die allgemeinen Finanzierungsmittel dar, deren Überschuss zur Abdeckung der Zuschussbedarfe in den Fachbudgets vorgesehen ist.„

| Bezeichnung | Eckwert 2008 Euro | Haushalt 2007 Euro | Ergebnis 2006 Euro |
|--|------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|
| <u>Einnahmen</u> | | | |
| Zinsen | 273.900 | 214.000 | 597.578 |
| Dividenden | 3.900 | 3.400 | 4.612 |
| Konzessionsabgaben | 1.250.000 | 1.240.000 | 1.200.227 |
| Grundsteuer A | 185.000 | 185.000 | 182.193 |
| Grundsteuer B | 3.540.000 | 3.500.000 | 3.402.253 |
| Gewerbsteuer | 5.700.000 | 4.400.000 | 6.420.748 |
| Gemeindeanteil an der Einkommensteuer | 4.620.000 | 4.280.000 | 4.087.031 |
| Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | 680.000 | 655.000 | 585.996 |
| Vergnügungssteuer | 100.000 | 140.000 | 143.100 |
| Hundesteuer | 104.000 | 104.000 | 103.930 |
| Zweitwohnungssteuer | 315.000 | 315.000 | 319.702 |
| Fremdenverkehrsbeiträge | 305.000 | 302.000 | 289.892 |
| Kurbeiträge | 1.700.000 | 1.650.000 | 1.671.913 |
| Schlüsselzuweisungen | 4.731.000 | 4.932.000 | 4.161.349 |
| Zuw. für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises | 588.000 | 597.000 | 600.945 |
| Abschreibungen | 24.500 | 24.500 | 24.500 |
| Erst. aus Wirtschaftsplan Abwasserbeseitigung | 3.000 | 3.000 | 3.482 |
| Bedarfszuweisung | 0 | 0 | 1.650.000 |
| Zuführung vom Vermögenshaushalt | 1.500.000 | 17.838.000 | 0 |

| | | | |
|--|------------|------------|-------------|
| Summe der Einnahmen: | 25.623.300 | 40.382.900 | 25.449.451 |
| <u>Ausgaben</u> | | | |
| Zinsen | 726.000 | 1.050.500 | 1.062.765 |
| Abführung des Kurbeitrages | 1.700.000 | 1.650.000 | 1.672.115 |
| Kostenant. Straßenreinigung | 3.500 | 3.500 | 0 |
| Gewerbesteuerumlage | 1.040.000 | 887.000 | 1.339.849 |
| Kreisumlage | 9.181.000 | 8.612.000 | 7.343.519 |
| Zuführung zum Vermögenshaushalt | 1.165.000 | 1.164.500 | 1.079.278 |
| Summe der Ausgaben (ohne Deckung SFB): | 13.815.500 | 13.367.500 | 12.497.526 |
| Überschuss strukturell | 11.807.800 | 27.015.400 | 12.951.925 |
| Deckung v. Sollfehlbeträgen | 0 | 18.340.000 | 20.729.025 |
| Saldo einschl. Deckung SFB | 11.807.800 | 8.675.400 | - 7.777.100 |

Die allgemeinen Finanzen schließen somit mit einem Überschuss in Höhe von **11.807.800 €** ab.

Erläuterungen zu den wichtigsten Positionen des Budgets „Allgemeine Finanzen“

Einnahmen

Bezüglich der Gewerbesteuer wurde aufgrund der erheblichen Mehreinnahmen in 2007 für 2008 nochmals eine Ansatzerhöhung von 1.300.000 € einkalkuliert.

Bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer lassen die allgemeinen Prognosen hinsichtlich der diesbezüglichen Entwicklung eine Anhebung gegenüber den Haushaltsansätzen des Vorjahres in Höhe von 340.000 € bzw. 25.000 € zu.

Da sich die Höhe der Schlüsselzuweisungen u. a. nach dem Realsteuer-Istaufkommen des Vorjahres berechnet, wurde diese Position unter Berücksichtigung der genannten Gewerbesteuerermehreinnahmen um 201.000 € reduziert. Genaueres Zahlenmaterial, wie zum Beispiel die Gesamtzuteilungsmasse, liegt zurzeit noch nicht vor.

Wie bereits unter Ziffer 1 erwähnt, wird das Haushaltsjahr 2007 voraussichtlich mit einem Überschuss in Höhe von 1.500.000 Euro abschließen. Gemäß § 22 GemHVO ist dieser Überschuss an den Vermögenshaushalt, der dadurch entstehende Überschuss im Vermögenshaushalt an die allgemeine Rücklage abzuführen.

Um diesen Betrag zur Deckung des Verwaltungshaushalts 2008 einsetzen zu können, ist er im Vermögenshaushalt 2008 als „Entnahme aus der allgemeinen Rücklage“, „Zuführung an den Verwaltungshaushalt“ und im Verwaltungshaushalt 2008 als „Zuführung vom Vermögenshaushalt“ zu veranschlagen.

Ausgaben

Die Zinsausgaben für Kredite vom Kreditmarkt konnten aufgrund der stetig sinkenden Restschulden um 60.000 € reduziert werden.

Die Kassenkreditzinsen wurden wegen der wesentlich verbesserten Haushaltssituation um 260.000 € gesenkt.

Durch die Mehreinnahmen im Gewerbesteuerbereich, die zu einer wesentlich höheren Steuerkraftmesszahl führten, wurde eine Erhöhung der Ausgabepositionen „Gewerbesteuerumlage“ und „Kreisumlage“ um 153.000 € bzw. um 569.000 € im Vergleich zu den Haushaltsansätzen 2007 erforderlich.

FBL Harms gibt Erläuterungen zur Sitzungsvorlage. Er führt weiter aus, dass die Stadt Norden inzwischen als Referenzkommune angesehen werde. So seien erst gestern Vertreter der Stadt Seelze zu Gast gewesen, um sich über die Konsolidierung des Haushalts sowie über die Arbeit des Baubetriebshofes der Stadt Norden zu informieren.

Vorsitzender Lütkehus führt aus, dass die vom Land in Aussicht gestellte Bedarfszuweisung in Höhe von 1.650.000 € voraussichtlich in 2008 vereinnahmt werden könne, so dass auch dieses Haushaltsjahr wieder mit einem Überschuss abschließen werde.

FBL Harms vertritt die Ansicht, dass künftig mehr Gewicht auf das Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts als auf die Erlangung von Bedarfszuweisungen gelegt werden müsse.

Beigeordneter Willfang weist darauf hin, dass aus der Anlage der Sitzungsvorlage 0393/2007/1 zu Tagesordnungspunkt 12 bereits zum 24.10.2007 wesentlich höhere Verbesserungen ausgewiesen würden, als die in dieser Sitzungsvorlage zum Jahresende 2007 kalkulierten 4,6 Mill. Euro.

FDL Behrens erwidert, dass es noch Unsicherheiten bei der Gewerbesteuerentwicklung gebe. Außerdem ist noch eine Globalbereinigung für diesen Bereich in Höhe von ca. 500.000 € für nicht durchsetzbare Forderungen (Insolvenzen etc.) durchzuführen, wobei zusätzlich bereits zum Soll gestellte Säumniszuschläge in Abgang zu bringen seien.

FBL Harms erläutert hinsichtlich des Gewerbesteueransatzes 2008, dass hierfür sämtliche Vorauszahlungen der vorhandenen Gewerbesteuerfälle zu Grund gelegt würden. Abweichende Messbeträge, die erst im Jahre 2008 bekannt würden, könnten nicht einkalkuliert werden.

Beigeordneter Willfang fragt an, ob der vom Landkreis vorgesehene zweite Schritt der Kreisumlageerhöhung um nochmals 0,5 Prozentpunkte bereits bei den Eckwerten berücksichtigt sei.

FBL Harms antwortet, dass für die Eckwerte 2008 der Hebesatz für 2007 in Höhe von 53,5 % kalkuliert worden sei.

Ratsherr Julius möchte wissen, wie hoch die Kassenkredite derzeit noch sind.

FDL Behrens führt aus, dass noch ein langfristiger Kassenkredit in Höhe von 5 Mill. Euro bis Mitte 2008 bestehe, der jedoch nicht benötigt würde. Dieses Geld sei daher als Festgeld angelegt worden. Da der Zinssatz für den seinerzeit aufgenommenen Kassenkredit deutlich geringer sei als der Habenzinssatz für das Festgeld, würden hierdurch Zinsgewinne erzielt.

Beigeordneter Wimberg gibt zu bedenken, dass die positive Haushaltsentwicklung größtenteils auf die Übertragung der Abwasserbeseitigung auf den Eigenbetrieb SEN zurückzuführen sei.

FBL Harms erläutert, dass die Stadt bereits heute wesentlich höhere Kassenkreditzinsen zu zahlen hätte als der Eigenbetrieb für den neu aufgenommenen langfristigen Kredit zahlt. Das Risiko steigender Zinsen für Kassenkredite sei durch die Übertragung entfallen.

Ratsherr Dr. Hagena macht deutlich, dass durch die Übertragung der Abwasserbeseitigung eine Verschiebung von Geldern zum Wohle der Stadt stattgefunden habe. Ziel müsse es sein, schwarze Zahlen zu schreiben.

Der Finanzausschuss beschließt:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Beratung in den Fraktionen verwiesen.

| | | |
|-----------------------|----------------------|----------|
| Stimmergebnis: | Ja-Stimmen: | 9 |
| | Nein-Stimmen: | 0 |
| | Enthaltungen: | 0 |

zu 8 1. Bekanntgabe einer unerheblichen außerplanmäßigen Ausgabe im HJ. 2005

2. Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005 einschl. der Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen

a) Beschlussfassung über die Jahresrechnung und die Jahresabschlüsse

b) Entlastung der Bürgermeisterin

Vorlage: 0337/2007/1.1

Sach- und Rechtslage:

Das gemeinsame Rechnungsprüfungsamt der Städte Aurich / Norden hat die Prüfung der Jahresrechnung 2005 mit dem Schlussbericht nach § 120 NGO am 25.05.2007 abgeschlossen.

Die im Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes angeforderte Stellungnahme zu den Textziffern 2, 3 und 6 liegt dieser Sitzungsvorlage bei.

Das RPA hat die Prüfung der Jahresrechnung 2005 mit folgenden Feststellungen abgeschlossen:

1. Der Haushaltsplan wurde eingehalten – abgesehen von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben -.
2. Die einzelnen Rechnungsbeträge wurden sachlich und rechnerisch in vordringlicher Weise begründet und belegt.
3. Bei den Einnahmen und Ausgaben des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs wurde nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren.
4. Das Vermögen wurde richtig nachgewiesen.

Die Berichte über die Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen enthalten folgende Schlussbemerkung:

1. Die Jahresabschlüsse und die Lageberichte stellen ein wahres Bild über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dar.
2. In der Buchhaltung und im Jahresabschluss wurden die Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung entsprechend angewendet.
3. Die Wirtschaftspläne wurden eingehalten.
4. Das Vermögen ist richtig nachgewiesen.

Es wird umseitiger Beschluss entsprechend dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes empfohlen.

FBL Harms erklärt, dass man durch die jetzige Vorlage des Schlussberichts 2005 und den vorgesehenen Abschluss der Prüfung des Haushaltsjahres 2006 im ersten Quartal 2008 dem vorgeschriebenen Zeitrahmen schon wesentlich näher gekommen sei.

Ratsherr Dr. Hagena führt aus, dass ihm die unterschiedlichen intensiven Farben der Berichte für die kommunalen Einrichtungen nicht zusagen würden. Man solle sich künftig lieber auf Trennblätter beschränken.

Beigeordneter Wiltfang stellt fest, dass im Rechenschaftsbericht 2005 nicht alle aufgeführten Abweichungen zwischen Haushaltsansatz und Anordnungssoll begründet seien. Er werde der Verwaltung eine Liste über Abweichungen zukommen lassen, für die er eine Begründung nachfordere.

Außerdem wünsche er sich künftig statt einer betragsmäßigen eine prozentuale Grenze, ab der eine Begründung erfolge.

Der Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

1. Von der in der Anlage unter lfd. Nr. 1 aufgeführten unerheblichen außerplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 2005 wird Kenntnis genommen.
2. Die Jahresrechnung sowie die Jahresabschlüsse der kommunalen Einrichtungen für das Haushaltsjahr 2005 werden beschlossen.
Gleichzeitig wird der Bürgermeisterin Entlastung erteilt.

| | | |
|----------------------|----------------------|----------|
| Stimmergebnis | Ja-Stimmen: | 9 |
| zu Ziffer 2: | Nein-Stimmen: | 0 |
| | Enthaltungen: | 0 |

zu 9 **Jahresabschluss 2006 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH;
Weisung des Rates an die Gesellschafterversammlung
Vorlage: 0350/2007/1.1**

Sach- und Rechtslage:

I

Die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH stellt gemäß § 11 Ziff. 3 GesV den Jahresabschluss 2006 fest und entscheidet über die **Verwendung des Ergebnisses**.

In der Gesellschafterversammlung wird die Stadt Norden gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 GesV durch die Bürgermeisterin vertreten. Vor ihrer Entscheidung hat sie nach § 10 Abs. 1 Satz 2 GesV die

Weisung des Rates einzuholen.

II

Der Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH hat sich in seiner Sitzung am 05. 09. 2007 umfassend mit dem Prüfungsbericht der Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft Göken, Pollack und Partner, Bremen vom 08. August 2007 befasst und der Gesellschafterversammlung empfohlen, den Jahresabschluss 2006 festzustellen.

Das Geschäftsjahr 2006 schließt für die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH mit einem **Jahresfehlbetrag** in Höhe von **25.367,16 Euro** ab. Dieser Jahresfehlbetrag soll aus der Gewinnrücklage entnommen werden. Weitere Informationen sind dem beigefügten Geschäftsbericht 2006 zu entnehmen. Er enthält u. a. auch den Bericht des Aufsichtsrates und den Lagebericht der Geschäftsführer.

Auf die Wiedergabe des Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer im Anhang zum Geschäftsbericht (Seiten 42 und 43) wird verwiesen.

III

Die Gesellschafterversammlung beschließt weiter die Entlastung des Aufsichtsrates und die Entlastung der Geschäftsführer (§ 11 Ziff. 4 und 5 GesV).

Der Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Jahresabschluss 2006 wird festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag von 25.367,16 € ist der Gewinnrücklage zu entnehmen.
3. Den Geschäftsführern wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

| | | |
|-----------------------|----------------------|----------|
| Stimmergebnis | Ja-Stimmen: | 9 |
| zu Ziffer 1-3: | Nein-Stimmen: | 0 |
| | Enthaltungen: | 0 |

Zu Ziffer 4: **Einstimmig** (ohne die Mitglieder des Aufsichtsrates der Wirtschaftsbetriebe)

zu 10 **Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe**
Vorlage: 0400/2007/1.1

Sach- und Rechtslage:

Die Planungsgemeinschaft planbau nord gmbh und die AG-Projekt-Plan haben die Planungen für den Neubau der Mensa, die Umbauten in der Hauptschule und das Dach über dem Eingangsbereich gem. Architektenvertrag vom 14.10.2004 durchgeführt.

Alle Bau- und Einrichtungskosten wurden abgerechnet, so dass abschließend die Planungskosten schlussgerechnet werden konnten.

| | |
|--|---------------------|
| Nach Prüfung der Honorarabrechnung durch das Rechnungsprüfungsamt wurde die Honorarsumme festgesetzt auf | 203.287,43 € |
| abzüglich geleisteter Abschlagszahlungen | <u>182.804,88 €</u> |
| verbleibender Schlussrechnungsbetrag | 20.482,55 € |

Dieser Betrag steht bei der Haushaltsstelle 2170.94200 nicht mehr zur Verfügung.

Die Mehrkosten für die Maßnahme resultieren aus:

- Zusätzlich geforderte Brandschutzmaßnahmen, die bei Abschluss des Architektenvertrages noch nicht bekannt waren.
- Die Dacherneuerung über dem ehemaligen OS-Trakt wurde nicht in das Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ aufgenommen, da sie als nicht zuwendungsfähig eingestuft wurde. Die Maßnahme wurde gesondert im Haushalt veranschlagt und ist im Rahmen der Neu- und Umbaumaßnahmen Ganztagschule vom Architektenbüro planbau nord mit durchgeführt worden. Alle Dachdeckerarbeiten (Mensa, Eingangsbereich, ehem. OS-Trakt) wurden im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung an die Fa. ABV vergeben.

Der Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

Der überplanmäßigen Ausgabe gem. § 89 NGO bei der Haushaltsstelle 2170.94200 (Einrichtung einer Ganztagschule) in Höhe von 20.482,55 € wird zugestimmt.

Deckung:

Minderausgabe bei der Haushaltsstelle 2100.94300 (Sanierung der Turnhalle Linteler Schule) über 20.482,55 €.

| | | |
|-----------------------|----------------------|----------|
| Stimmergebnis: | Ja-Stimmen: | 9 |
| | Nein-Stimmen: | 0 |
| | Enthaltungen: | 0 |

zu 11 Verwaltungskostenrechnungsbericht 2006 Vorlage: 0380/2007/1.1

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungskostenrechnungsbericht 2006 wurde mit Sitzungsvorlage Nr. 0271/2007/1.1 in den Finanzausschuss am 11.06.2007 eingebracht. Der Finanzausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis und hat ihn an die Fachausschüsse verwiesen.

In den Fachausschüssen wurde der Bericht wie folgt behandelt:

Am 07.05.2007 im Bau- und Umweltausschuss:

- Beschluss: Der Bau- und Umweltausschuss nimmt Kenntnis.

Am 12.07.2007 im Feuerwehr- und Ordnungsausschuss:

- Beschluss: Der Feuerwehr- und Ordnungsausschuss nimmt Kenntnis.

Des Weiteren wird der Verwaltungskostenrechnungsbericht am 05.11.2007 im Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss behandelt. Der ergangene Beschluss wird in der Finanzausschusssitzung mündlich mitgeteilt.

FBL Harms führt ergänzend aus, dass der Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss in seiner Sitzung am 05.11.2007 von dem Verwaltungskostenrechnungsbericht 2006 Kenntnis genommen hat.

Der Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

Der Verwaltungskostenrechnungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

| | | |
|-----------------------|----------------------|----------|
| Stimmergebnis: | Ja-Stimmen: | 9 |
| | Nein-Stimmen: | 0 |
| | Enthaltungen: | 0 |

zu 12 Ausführungsstand Verwaltungshaushalt (FB 1)
Vorlage: 0393/2007/1.1

Sach- und Rechtslage:

Auf der Grundlage der Leitlinien zur Haushaltsplanaufstellung und –ausführung im Rahmen der Budgetierung werden die Soll-Ist-Vergleiche für den Fachbereich 1 – Interne Dienste – mit **Stand vom 24.10. 2007** vorgelegt.

Bei den Budgets des Verwaltungshaushalts wird durch den Vergleich Haushaltsansatz mit dem Anordnungssoll einschl. erteilter Aufträge (Soll-Ist-Vergleich) der Ausführungsstand des Haushalts dargestellt.

Die Fachbudgets befinden sich in dem geplanten Rahmen.

Die Entwicklung der Personalkostenbudgets wird auf der Ebene der Verwaltungseinheiten dargestellt

Es wird darauf hingewiesen, dass die Daten nur bedingt aussagefähig sind, da bestimmte Einnahmen und Ausgaben mit der Jahresgesamtsumme (z.B. Kreisumlage, Schlüsselzuweisungen, Grundsteuer), andere Einnahmen und Ausgaben nur mit einem Teilbetrag (Gewerbsteuerumlage, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer, lfd. Gewerbesteuer) in den Vergleichen enthalten sind.

FBL Harms erläutert, dass die Soll-Ist-Vergleiche nur eine begrenzte Aussagekraft hätten. Dies werde sich nach der vorgesehenen Umstellung auf die Doppik ab dem 01.01.2009 verbessern, wodurch dann auch eine Periodisierung möglich sei.

Der Finanzausschuss beschließt:

Die Soll-Ist-Vergleiche für den Fachbereich 1 (Stand 24.10.2007) werden zur Kenntnis genommen.

zu 13 Kurbeitrag
a) Kalkulation 2008
b) Abrechnung 2006
Vorlage: 0396/2007/1.1

Sach- und Rechtslage:

Für das Jahr 2008 ist eine neue Kurbeitragskalkulation gem. § 10 in Verbindung mit § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes zu beschließen.

Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus den dieser Vorlage beigefügten Anlagen:

- Anlage 1) Kalkulation des Kurbeitrages 2008
- Anlage 2) Voraussichtliche Aufwendungen für die Fremdenverkehrseinrichtungen der Stadt Norden im Jahre 2008
- Anlage 3) Voraussichtliche Aufwendungen für die Fremdenverkehrseinrichtungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH im Jahre 2008

Des weiteren wird die Abrechnung für 2006 vorgelegt. Die Einzelheiten ergeben sich aus den Anlagen:

- Anlage 4) Abrechnung des Kurbeitrages 2006
- Anlage 5) Übersicht über die Aufwendungen für die Fremdenverkehrseinrichtungen der Stadt Norden im Jahre 2006
- Anlage 6) Übersicht über die Aufwendungen für die Fremdenverkehrseinrichtungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH im Jahre 2006

FDL Behrens gibt Erläuterungen zum Tagesordnungspunkt.

Der Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Kurbeitragskalkulation für 2008 vom 26.10.2007 wird zugestimmt.
2. Der Abrechnung 2006 vom 26.10.2007 wird zugestimmt.

| | | |
|-----------------------|----------------------|----------|
| Stimmergebnis: | Ja-Stimmen: | 8 |
| | Nein-Stimmen: | 0 |
| | Enthaltungen: | 1 |

- zu 14 Fremdenverkehrsbeitrag**
a) Kalkulation 2008
b) Abrechnung 2005
Vorlage: 0397/2007/1.1

Sach- und Rechtslage:

Für das Jahr 2008 ist eine neue Fremdenverkehrsbeitragskalkulation gem. § 9 in Verbindung mit § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes zu beschließen.

Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus den dieser Vorlage beigefügten Anlagen:

- Anlage 1) Kalkulation des Fremdenverkehrsbeitrages 2008
- Anlage 2) Voraussichtliche Aufwendungen für die Fremdenverkehrseinrichtungen der Stadt Norden im Jahre 2008
- Anlage 3) Voraussichtliche Aufwendungen für die Fremdenverkehrseinrichtungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH im Jahre 2008

Des weiteren wird die Abrechnung für 2005 vorgelegt. Die Einzelheiten ergeben sich aus den

Anlagen:

- Anlage 4) Abrechnung des Fremdenverkehrsbeitrages 2005
Anlage 5) Übersicht über die Aufwendungen für die Fremdenverkehrseinrichtungen der Stadt Norden im Jahre 2005
Anlage 6) Übersicht über die Aufwendungen für die Fremdenverkehrseinrichtungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH im Jahre 2005

Ratsherr Köther kritisiert, dass die Deckung der Aufwendungen nicht erreicht werde und die Kalkulation somit gegen die Satzung verstoßen würde. Entweder müsse der Beitragssatz erhöht oder die Kosten müssten gesenkt werden.

FDL Behrens entgegnet, dass die Fremdenverkehrseinrichtungen bewusst mit einer Unterdeckung betrieben würden. Außerdem sei es Wille des Rates, den Beitragssatz aus Wettbewerbsgründen der Betriebe bei 4,75 % zu belassen.

Vorsitzender Lütkehus stellt Ratsherrn Köther die Frage, wo denn seiner Meinung nach gespart werden solle, der Fremdenverkehr bleibe ein „Zuschussgeschäft“. Der Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe solle über eine evtl. Kostensenkung diskutieren.

Ratsherr Dr. Hagena beantragt, den Tagesordnungspunkt dem Aufsichtsrat vorzulegen.

Der Finanzausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Fremdenverkehrsbeitragskalkulation für 2008 vom 26.10.2007 wird zugestimmt.
2. Der Abrechnung 2005 vom 26.10.2007 wird zugestimmt.

| | | |
|-----------------------|----------------------|----------|
| Stimmergebnis: | Ja-Stimmen: | 8 |
| | Nein-Stimmen: | 0 |
| | Enthaltungen: | 1 |

zu 15 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 16 Anfragen

Keine.

zu 17 Wünsche und Anregungen

Keine.

zu 18 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.28 Uhr.